

Worteljährlich im Stadt, Ort- und Nachbarortbezirk M. 2.70, außerhalb M. 2.80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Monatsheftes 10 Pf. Anzeigenpreise siehe unten, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die Abbestellung muss über einen Raum 20 Pfennig. Die Postgebühren über einen Raum 45 Pfennig. Bei Abbestellungen unperänderlichen Angaben anfordern der Rabatt. Bei gerichtlicher Einstellung und Konturien ist der Rabatt unzulässig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 148 Druck und Verlag in Albstadt. Montag, den 30. Juni. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Friede — Arbeiten.

Wie einst der Schwabenherzog Eberhard, so stehen wir heute mit geistlichem Haupt an der Bahre des alten Deutschlands und es gibt für uns alle, ob wir körperliche oder geistige Arbeiter sind, nur die eine Lösung, die der Reichspräsident am Tage der entscheidenden Abstimmung der Nationalversammlung dem deutschen Volke zugerufen hat: Arbeiten und Pflichttreue. Vom alten Deutschland wollen wir das Gute mit herübernehmen in die neue Entwicklungshöhe: die Vaterlandsliebe, den Organisationsgeist, den Sprachwortsinn, die gewissenhafte Pflichterfüllung des Deutschen und das intensive Arbeiten, dem wir die Größe unseres Vaterlandes und den Aufstieg künftigen Deutschlands zu seiner Vormachtstellung auf allen wirtschaftlichen Gebieten zu verdanken gehabt haben. Wenn wir alle diese Aufgaben durch eine harmonische Entwicklung der uns verblichener Kräfte und Mittel zur Erfüllung zu bringen trachten, dann wird Deutschland lebensfähig bleiben und seine nationale Zukunft wird nach wie vor gesichert sein. Dazu ist aber vor allem nötig, daß wir jetzt mit dem weibischen Klagen um das Verlorene aufhören, daß Arbeiter und Unternehmer, gleichviel um welche Art von Einrichtungen es sich handelt, energisch an die Arbeit gehen und alle nutzlosen Versuche zur Lösung von wirtschaftlichen Problemen, die noch zu den Idealen gehören, aber auch alle gewaltsamen Störungen der normalen Entwicklung durch Fäulnis und Handgranaten unterlassen werden.

Freilich der Weg, den uns der Friede von Versailles vom 28. Juni 1919 vorschreibt, wird nicht leicht sein; er wird nicht nur für das deutsche Volk, sondern jedem Einzelnen von uns ein recht dornenvoller werden und wir werden nicht nur einmal, sondern leider sehr oft vor ein unerbittliches Nadel gesteckt sein. Ueber diese Bitternis werden uns aber die Erzeugnisse der Revolution in einigen hinweghelfen: wir sind ein freies Volk in einem freien Volksstaat geworden und wenn wir die daraus sich ergebenden Kräfte unter vorzüglicher Berücksichtigung der inneren und äußeren Gesamtumstände zur Entfaltung kommen lassen, so werden wir das „Unmöglich“ zu einem „Möglich“ zu wandeln verstehen. Auch ist das letzte Wort zum Friedensvertrag noch nicht gesprochen. Der weiße Rat der Vier ist nicht ohne Bangen für die Zukunft von dem Unterzeichnungstisch aufgestanden und die Unterzeichnung ist nicht, wie untrüglich gemeldet, ohne Zwischenfälle vor sich gegangen. Denn kurz vor der Unterzeichnung sind zwei Erklärungen abgegeben worden. Die eine geht von der chinesischen Abordnung aus und hat in den politischen Kreisen in Paris große Bewegung hervorgerufen. Der chinesische Vertreter hat zum letztenmal den chinesischen Standpunkt in der Frage der Schantung halbfrei erklärt. Als Clemenceau erklärte, daß an dem Vertrag nichts mehr geändert werden könne, beschloß die chinesische Abordnung der Friedensunterzeichnung fernzubleiben, ein Beschluß, den sie durchgeführt hat. Die andere noch stärker Aufsehen erregende Kundgebung stammt von General Smuts, dem Vertreter von Südafrika. Sie hat sowohl in der englischen wie in der französischen Gruppe weltliches Aufsehen erregt. General Smuts gibt der Wahrheit die Ehre und fährt aus:

Ich habe den Friedensvertrag gezeichnet, nicht weil ich ihn für ein glänzendes Werk ansehe, sondern weil es notwendig ist, den Krieg zu beendigen, weil es jetzt die Welt notwendig hat, den Frieden zu erlangen und weil nichts gefährlicher ist, als die Fortsetzung des ungesunden Zustands zwischen Krieg und Frieden. Die 6 Monate, die seit dem Waffenstillstand verstrichen sind, sind vielleicht erschütternder und schrecklicher für Europa gewesen, als die 4 vorhergehenden Kriegsjahre. Ich betrachte den Friedensvertrag als das Ende der beiden Kapitel, des Kriegs und des Waffenstillstands, und nur aus diesem Grunde habe ich heute meine Zustimmung gegeben. Ich möchte aber nicht mit meiner Kritik des abgeschlossenen Werkes zurückhalten, denn ich glaube, daß der Friedensvertrag uns nicht den wahren Frieden gibt, den die Völker erdost haben. Deshalb glaube ich, daß die weitere Ausarbeitung des Friedens erst dann beginnen wird, wenn dieser Vertrag gezeichnet ist. Es gibt territoriale Regelungen in diesem Vertrag, die geändert werden müssen. Man kann feststellen, daß Bürgschaften vorgesehen sind, die nicht in Abereinstimmung mit dem neuen menschlichen Willen und dem Zustand der Entwicklung unserer ehemaligen Feinde sind. Strafmassregeln sind vorgesehen, aber wenn wir sie aus möglichst ruhiger Weise prüfen, müssen wir finden, es ist am besten, nicht von ihnen zu sprechen. Es sind Festsetzungen getroffen, die nicht ausgeführt werden können, ohne der industriellen Wiedergeburt Europas für erheblich zu schaden und es ist im Interesse von allen, sie ausländischer und gemäßigter zu machen.

Diese Kundgebung beweist, daß die Welt das Unvermögen des Friedensvertrags einsehen und Wilsons Versuch einer Rechtfertigung desselben sehen; daß die Welt den beidseitigen wird.

Es ist allerhöchste Zeit

Unsere täglich erscheinende beliebte Zeitung „Aus den Tannen“ für das morgige beginnende neue Bezugszeitjahr zu bestellen, wo dies noch nicht geschehen ist.

Alle Postanstalten, Postboten und Agenten unserer Zeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Worteljährlicher Bezugspreis: im Orts- und Nachbarortbezirk M. 2.70 im sonstigen Bezirk M. 2.80

Der Artikel 227 des Friedensvertrags.

Die verbündeten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II von Hohenzollern, ehemaligen deutschen Kaiser unter öffentliche Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge.

Ein besonderer Gerichtshof wird gebildet werden, um den Angeklagten unter Wahrung der wesentlichen Garantien seines Verteidigungsrechtes zu richten. Der Gerichtshof wird aus den Richtern bestehen, die von jeder der nachstehend angeführten fünf Mächte ernannt werden, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan.

Der Gerichtshof wird sich bei seinem Urteil von den erheblichsten Grundgesetzen der internationalen Politik leiten lassen: (?) er wird beauftragt sein, die Art und Weise der Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge zu sichern. Ihm steht es zu, die anzuwendende Strafe nach seinem Ermessen zu bestimmen.

Die verbündeten und assoziierten Mächte werden an die Niederländische Regierung das Ersuchen richten, ihnen den ehemaligen Kaiser zum Zweck seiner Aburteilung auszuliefern.

Bethmann stellt sich für Kaiser Wilhelm.

Berlin, 29. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. ds. Mts. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schriftstück zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

In Artikel 227 der Friedensbedingungen laden die alliierten und assoziierten Mächte seine Majestät Wilhelm II. von Hohenzollern, früherer deutscher Kaiser, wegen schwerster Verletzung der internationalen Sittengesetze und der heiligsten Moral der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig den Entschluß kundgegeben, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, wonach sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Aburteilung auszuliefern. Mit Rücksicht hierauf erlaube ich mir an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen seine Majestät den Kaiser beschlossene Verfahren nicht stillstehen zu lassen. In diesem Zweck stelle ich mich hiermit zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube, hieraus die Mächte herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungsweise fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einen durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch die internationale Bräutigam nicht vertragen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.

Hohenzollern, 25. Juni 1919.

Notenwechsel zwischen Haniel und Clemenceau.

Als Antwort auf die deutsche Note über die Rheinlande übergab Clemenceau folgende Note an den deutschen Gesandten v. Haniel:

Paris, 27. Juni.

Herr Vorsitzender! Die all. und ass. Mächte haben die Note der deutschen Abordnung bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 27. Juni geprüft. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum besten Interesse der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, die von der deutschen Abordnung aufgeworfen werden können.

Um die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen zu fördern, richtete v. Haniel an Clemenceau folgende Note!

Herr Präsident! Im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Ew. Erz. folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlußabsatz des Schreibens Ew. Erz. vom 20. Juni wegen Heimbeorderung der Kriegsgefangenen bittet die deutsche Regierung um eine möglichst baldige Erklärung, wann, wo und in welcher Zusammenkunft der Zusammentritt der in Artikel 213 Abs. 1 des Friedensvertrages vorgeschriebenen Kommission in Aussicht genommen ist.

Wiederaufbau des Außenhandels.

Ausfuhr deutscher Waren nach Amerika.

Haag, 29. Juni. Einer Mitteilung aus dem Haag zufolge läßt die Regierung der Vereinigten Staaten grundsätzlich die Einfuhr deutscher Waren und damit auch deren Abhebung durch deutsche Firmen zu. Es bedarf allerdings für jede einzelne Sendung einer Einfuhrlizenz, die bei Verladung von Rotterdam durch dortige amerikanische Generalconsuln an ausgereicht wird. Bis heute hat jedoch das amerikanische Generalconsulat in Rotterdam die Anweisungen, nach denen die Abgabe der Lizenz zu erfolgen hat, noch nicht erhalten, so daß tatsächlich mit der Verladung der Waren noch nicht begonnen werden können.

Baumwolleneinfuhr.

Nachen, 29. Juni. Bei Gelegenheit des Besuchs amerikanischer Baumwollindustrieller in Gent, hat der Bürgermeister die feste Absicht des Gemeinderats ausgesprochen, Gent zum Mittelpunkt der Baumwolleneinfuhr zu machen.

Deutsch-rumänische Einfuhr.

Berlin, 29. Juni. Nach einer Mitteilung der rumänischen Gesandtschaft ist die Einfuhr von Bedarfsgegenständen in Rumänien zugelassen und keinerlei Einfuhrbeschränkung unterworfen. Ladungswaren dürfen nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Hauptdirektion für den Handel (Einfuhrdirektion) eingeführt werden.

Handel mit dem besetzten Gebiet.

Haag, 29. Juni. Das Departement hat jetzt die Förderung des Handels mit dem besetzten Gebiet aufgenommen. In einem an die Manchester Handelskammer gerichteten Rundschreiben wird auf die Möglichkeit hingewiesen, den Handel mit dem besetzten Gebiet zu fördern. Ueberhaupt seien für alle Kreise des täglichen Lebens die Bedürfnisse im gegenwärtigen Augenblick sehr groß, und es sollte englischen Firmen möglich sein, sich bedeutende Aufträge zu sichern.

Neues vom Tage.

Einzelheiten von der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Wafel, 28. Juni. Die Zeremonie begann 3 Uhr 8 Minuten mit einer kurzen Ansprache Clemenceaus, in der er sagte: „Der zu unterzeichnende Text stimmt mit dem überein, der den Deutschen in 200 Exemplaren übergeben wurde. Nun beginnt die Unterzeichnung. Die Unterzeichnenden geben mit der Unterzeichnung das feierliche Versprechen, die mit der Unterzeichnung des Friedens übernommenen Verpflichtungen getreu zu erfüllen.“

Präsident Wilson unterzeichnete 3 Uhr 14 Minuten, dann folgten die übrigen amerikanischen Delegierten. Die Deutschen unterzeichneten nach diesen den Frieden an erster Stelle vor allen übrigen Friedensdelegationen um 3 Uhr 15 Minuten. (Wohl nicht der Ehre wegen, sondern weil in der Reihenfolge der Staaten „Allemagne“ erster Stelle steht. D. Red.)

Ihren Schluß erreichte die Handlung um 3 Uhr 50 Minuten. Die militärischen Ehren wurden durch drei französische Elite-Bataillone erwiesen, auch waren Abordnungen britischer, amerikanischer, belgischer und italienischer Truppenteile nach Versailles befohlen.

Die Wandelung des Friedensvertrags.

Amsterdam, 29. Juni. „Chicago Tribune“ schreibt: Seit Beginn der Konferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Auslieferung des Kaisers und gegen seine Beurteilung, weil kein Mittel besteht, um diesen Prozeß auf gesetzliche Weise zu führen und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märtyrer machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterdrücken will. Der „Tribune“ zufolge haben sich inzwischen auch Frankreich und Belgien zu diesem Standpunkt bekannt. Das Blatt glaubt auch nicht, daß man die deutschen Offiziere, deren Auf-



Uebersetzung im Vertrage genannt wird, verurteilt werde.
Deutscher Reichstag zum Friedensvertrag.
Wien, 29. Juni. Bei Besprechung der Unterzeichnung des Friedens von Versailles stellen die Blätter fest, daß der unterzeichnete Friede schlecht für die Besiegten, schlecht für die Sieger und schlecht für die Gesamtheit der Völker ist und daß der Protest des Generals Smuts der erste Schritt zur Beendigung des furchtbaren Todeskampfes ist, der die Welt fünf Jahre lang in Atem hielt.

Die Abfahrt von Versailles.
Versailles, 28. Juni. Der größere Teil der noch in Versailles gebliebenen deutschen Abordnung, auch die beiden Minister Hermann Müller und Dr. Voss, haben heute abend 9 Uhr Versailles verlassen.

Wilson an das amerikanische Volk.
Washington, 28. Juni. (Reuter.) In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gesandten Botschaft bringt Präsident Wilson auf die Annahme des Friedens- und Völkerbündnisvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer Neuordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Befriedigung biete.

Die wirtschaftliche Vereinigung der Alliierten bleibt bestehen.

Paris, 29. Juni. (Reuter.) Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, um die Organisationen aufrechtzuerhalten und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Alliierten zu dienen.

Die Auslieferung der deutschen Flotte.
Rotterdam, 29. Juni. Gestern sind in Antwerpen 11 Torpedoboote, sowie andere Schiffe der deutschen Kriegesflotte, die bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands nach Holland gebracht worden waren, angekommen. Sie wurden von einigen Vertretern der belgischen Regierung übernommen.

Die Alandsinseln stimmen für Schweden.
Stockholm, 28. Juni. Laut „Svenska Dagbladet“ hat die Abstimmung auf den Alandsinseln zu folgendem Ergebnis geführt: 94,4 Prozent der mündigen Bevölkerung stimmte für den Anschluß an Schweden. Die schwedische Presse fordert im Hinblick darauf, daß dies die erdrückende Mehrheit darstellt, erneut, man möge den Wunsch der alandsischen Bevölkerung erfüllen.

Die deutsche Kolonie aus Konstantinopel zurück.
Bremen, 28. Juni. Heute ist der Dampfer „Gül Djemal“ angekommen, der aus Konstantinopel den General von Kress, den Rest der deutschen Delegation am Kaukasus, die letzten noch im Kaukasus befindlich gebliebenen Truppen und die letzten Mitglieder der Konstantinopeler deutschen Kolonie in die Heimat geführt hat. Nach Abfahrt des „Gül Djemal“ sind keine Deutschen mehr in der Türkei verblieben. Das Deutschtum im nahen Osten muß vorläufig als ausgerottet bezeichnet werden.

Französische Uebergriffe in Aeth.
Karlruhe, 28. Juni. Die völkerrechtswidrigen Uebergriffe der Franzosen im Aethiopenland scheinen sich fortzusetzen. Sie sollen neuerdings zwei Gendarmen in Kork festgenommen haben. Offenbar besteht die Absicht, den Treibereien der hochverräterischen Kreise im Aethiopenland freie Bahn zu schaffen, daß das von der ganzen deutschen Bevölkerung geforderte Vorgehen gegen die Hochverräter durch Verhaftung des damit beauftragten Aufklärungsorgans lahmgelegt wird.

Heimkehr der in der Schweiz Internierten.
Konstanz, 28. Juni. Alle in der Schweiz noch internierten deutschen Kriegsgefangenen — 1200 Offiziere und 3000 Mann — werden vom 15. bis 30. Juli über Konstanz zurückgeschickt.

Unsere Zivilgefangenen auf der Heimreise.
Amsterdam, 29. Juni. Der Dampfer „Martha Washington“ ist gestern mit deutschen Zivilgefangenen aus Amerika abgegangen. Diese Woche fährt ein zweites Schiff mit Deutschen ab. Beide Dampfer werden Rotterdam anlaufen und sie haben zusammen 3000 Mann an Bord.

Der Gewerkschaftskongress und das Streikverbot.
Nürnberg, 28. Juni. Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die am 28. Juni vor dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg zusammengetreten ist, beschloß dem Kongress folgende Resolution zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Der Reichswehraminister hat am 26. Juni angesichts des drohenden Eisenbahnstreiks eine Verordnung erlassen, die einen Teil der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht. Der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß der Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserem darniederliegenden Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden zufügt und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Verärgerung verschärfen muß. Der Kongress lehnt ebenso, wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit dem bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen Streik ab. Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongress Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zuzurechnen ist. An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongress den dringenden Aufruf, ihre Interessen nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands, besonders seiner Arbeiterklassen wilde Streiks zu unterlassen.

Der schlesische Eisenbahnstreik beendet.
Breslau, 28. Juni. Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und West-Polen empfing am Samstag nachmittag die Eisenbahnverwalter der Breslauer Eisenbahnen, die den Wunsch geäußert hatten, persönlich mit ihm zu verhandeln. Das Ergebnis der einstündigen Aussprache war die Herstellung vollkommener Uebereinstimmung in allen wichtigen Punkten. Das Fahrpersonal nimmt am Sonntag vormittag den Dienst wieder auf. Die Werksstättenarbeiter werden sich am Sonntag vormittag 10 Uhr versammeln, um die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu beschließen.

Breslau, 28. Juni. Die unabhängige „Schlesische Arbeiterzeitung“ ist bis auf weiteres verboten worden.

Die Hamburger Unruhen.
Hamburg, 28. Juni. Von der Nachrichtenstelle des Detachements Lettow-Vorbeck wird erklärt, daß die von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, Bahnenfelder Truppen hätten geplündert und u. a. auch 30000 Mark aus einem Geldschrank geraubt, nicht zutreffend sei. Trotzdem werde eine Untersuchung darüber eingeleitet, um eventuell die Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen. Zu dem übertriebenen Gerücht über die Entwaffnung von Regierungstruppen in Hamburg wird mitgeteilt, daß im Ganzen nur 27 Gewehre abhandeln gekommen seien, dagegen weder Maschinengewehre noch Minenwerfer oder Geschütze. Die Gerüchte, daß die Truppe ihren Führern die Gefolgschaft gegen Hamburg aufgekündigt hätte, seien vollkommen unwahr. Der Aufmarsch der Truppen des Generals von Lettow-Vorbeck

sei planmäßig vor sich gegangen. Durch das Eintreffen von Panzerzügen, Panzerkraftwagen und Tanks habe die Operationskraft des Detachements erheblich zugenommen.

Aus der ungarischen Räterepublik.
Wien, 28. Juni. Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, trafen heute etwa 40 Flüchtlinge aus Budapest in Wien ein. Unter den Angekommenen befinden sich mehrere namhafte Politiker und Bankdirektoren, sowie eine Anzahl Damen, die ohne Gepäck, nur um das Leben zu retten, die Heimat verlassen. Sie erzählen furchtbare Einzelheiten über die Schrecken der Provinz, die sie über all dort überzeugen, daß die Bauernschaft starken Widerstand gegen die Räterepublik leistet. Die Budapestener Bevölkerung beschäftigt sich an die Wiener Entente-Kommission zu wenden, zur Feststellung der Vergehrungsverhältnisse, Plünderungen und Morde der Räterepublik und um die unschuldige Bevölkerung gegen Bluttaten zu schützen. Der Budapestener Diktator Samuelli unterzeichnete noch immer Todesurteile, die in seiner Gegenwart vollstreckt würden.

Landesnachrichten.

Altensteig, 30. Juni 1919.

Uebersetzen wurde eine ständige Lehrstelle in Sprockenhauß dem Unterlehrer Adolf Widmaler in Mittelthal.

Zum neuen Posttarif. Vom 1. Juli ds. J. ab beträgt die Postgebühr für den freigemachten Brief bis 20 g 10 Pf., für den freigemachten Brief über 20 g bis 250 g 15 Pf., für die freigemachte Postkarte 7 Pf. nach den Wohnplätzen des Ortsverkehrs: Altensteig, Dorf, Baternmühle, Waiermühle, Bernack, Weuren, Bruderhaus, Egenhausen, Eitmannsweller, Garmweller, Gutwörth, Hefelbronn, Hochdorf O.A., Freudenstadt, Hornberg O.A., Galw, Hochdorfer Sägmühle, Koblwühle, Kropfmühle, Bengeloch, Neumühle, Omerzbach, Delmühle (Egenhausen), Pfaffenstube, Schernbach, Schernbacher Sägmühle, Spielberg, Heberberg, Wilmesmühle, Walzmühle, Ziegelhütte (Spielberg), Ziegelhütte (Egenhausen), Zumbeller, sowie nach der Postartikelliste des Nachbarortsverkehrs: Grömbach. Nach allen Postanstalten des früheren Nachbarortsverkehrs (Oberamt- und 10 Km.-Verkehr) betragen die Gebühren wie im übrigen deutschen Verkehr.

Wirtschaftsfall. Das Gasthaus z. „Linde“ hier wird morgen geschlossen werden, nachdem es seinen Besitzer gewechselt hat und unter dem neuen Besitzer, Fabrikant Karl Kaltenbach jr., nicht mehr regelmäßig betrieben wird, sondern Industriezwecke dienen soll. Die Wirtschaftsgerechtigkeit soll aber erhalten bleiben. Mit der „Linde“ stellt eines der alt angesehenen hiesigen Gasthäuser seinen Betrieb ein, nachdem der Brauereibetrieb schon vor einigen Jahren eingestellt wurde und der seitherige Besitzer Lindenwut Luz und seine Frau in vorgerücktem Alter leben. Beide waren tüchtige Wirtschaftskräfte, die auf Ordnung, aufmerksame Bedienung und gute Küche hielten. Mit diesem Besitzwechsel verliert der hiesige Lederkratz sein Lokal, das ihm 33 Jahre Heimat war. Er hat als solches nur den „Sternen“ gewählt.

e. Württ. Schwarzwaldverein. Die diesjährige Hauptversammlung fand am 29. Juni in Hofs statt. Der Kassenbericht ergab bei 18013 M. Einnahmen 17590 M. Ausgaben. Der Voranschlag sieht bei etwa 29500 M. Einnahmen an Ausgaben rund 29150 M. vor, darunter für den Grundstock zur Einrichtung von Jugendherbergen 1000 M. Für letztere wurde ein besonderer Ausschuss gebildet. Zum Vorsitzenden des Hauptvereins-

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Tschiedt.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

11. Kapitel.

Der Amtsrichter hatte inzwischen das Verhör fortgesetzt. Friedrich mußte noch einmal eingehend über alles ausfragen; er sprach sehr gewissenhaft, verschwieg nichts und fügte nichts hinzu.

Der Notar verlas das Protokoll. Auf weiteres Befragen erklärte der Diener, daß er zu jeder Zeit bereit sei, seine Angaben zu beschwören. Darauf wurde er entlassen.

Der Richter wandte sich nun an Egon. „Es ist notwendig, Herr Graf, daß auch Sie einige Fragen beantworten. Aus den Mitteilungen des Dieners geht klar hervor, daß der Verewigte Differenzen mit dem Ingenieur hatte. Davon müßte doch auch Ihnen etwas bekannt sein. Vermutlich hat Graf Harold sich Ihnen gegenüber in dieser Angelegenheit geäußert?“

Egon hatte diese Frage vorausgesehen und sich darauf vorbereitet.

„Allerdings,“ warf er lässig hin, „war mein Anteil aufgebracht darüber, daß man darauf bestand, die Bahn über unsere Wiesen zu führen, und da Schellen die Unterhandlungen leitete, so übertrug sich der Groll des Grafen auf die Person des Ingenieurs, der ihm annähernd und in hohem Grade unsympathisch erschien.“

„Wie aber erklären Sie es sich, daß der Verstorbene eine so hohe Geldsumme nicht nur bei sich trug, sondern dem Ingenieur sogar zeigte?“

Egon zuckte die Achseln. „Das wird wohl für alle Zeit ein Geheimnis bleiben. Vielleicht wollte der Graf den Ingenieur bestechen und bot ihm eine Abfindung. Es kam darüber zu Streitigkeiten und Täuschungen. In der Zeit verlegte der Ingenieur dem mehrfachen alten Herrn den tödlichen Stich. Das Geld wollte er nicht im Stich lassen, er raubte es und entfloh. So ungefähr läßt sich die blutige Tat erklären, aber es kann sich auch anders verhalten, Herr Amtsrichter, ich kann immer nur Vermutungen aussprechen.“

„Sie mögen recht haben,“ nickte der Richter, welcher mit gespanntem Interesse zugehört hatte, „in einer persönlichen Beilegung fand der Graf wohl nicht zu dem Angeklagten?“

Ein hochmütiger Blick traf den Fragenden. „Ich möchte nicht wissen, Uebrigens möchte ich Sie ersuchen, Ihre Fragen nach Möglichkeit einzuschränken, soweit persönliche Angelegenheiten der Familie in Betracht kommen.“

„Was zur Aufklärung des Verbrechens notwendig ist, muß erörtert werden, Herr Graf,“ versetzte der Amtsrichter gemessen. „In Ihrem eigenen Interesse bitte ich um volle Offenheit.“

Egon hatte Mühe, seine zornige Erregung zu beherrschen.

„Unerböt!“ rief er zwischen den Zähnen hervor, „nicht genug, daß mein teurer Oheim mir durch die freie Hand des Buben geraubt wurde, durch seine Schuld wird der Name Nordburg durch alle Zeitungen geschleift, zum Gespräch der skandalisierenden Menge werden. Der Gedanke könnte mich rasend machen.“

„Ihre Aufregung ist doch wohl unbegründet, Herr Graf, da Ihre Familie das Forum der Öffentlichkeit nicht zu scheuen hat!“

„Das sehen Sie als sicher voraus, Herr Amtsrichter. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß mein Vetter, Baron Lessen, eine Bürgerliche geheiratet hat und deshalb von meinem Oheim verstoßen wurde.“

Der Richter unterdrückte ein Lächeln. Die Sorgen und Zwistigkeiten des Ehepaars Lessen waren Stadtgespräch.

„Ich hörte davon,“ sagte er ausweichend.

„Nun, die Baronin Lessen ist eine geborene Schellen, die Schwester des Ingenieurs.“

„Ah — diese Mitteilung wirft ein ganz neues Licht auf die ganze Angelegenheit. Ich habe mir von vornherein gedacht, daß hinter der ganzen Sache ein Weib steckt. Vielleicht ist die Baronin Anstifterin des Verbrechens.“

Dr. Struh hatte sich bis dahin ganz ruhig, scheinbar apathisch verhalten, jetzt richtete er sich aus seiner zusammengekauerten Haltung auf.

„Nichts für ungut, Herr Amtsrichter, aber ich bin der festen Ueberzeugung, daß Sie eine durchaus falsche Spur verfolgen. Schellen ist kein Mörder, und ebensowenig seine Schwester eine Anstifterin. Als ich Schellen auf der Straße traf, sah er allerdings verdächtig aus, aber meine

Eintladung, mit aufs Schloß zu kommen, schien ihn von großen Qualen zu befreien. Er erwartete hier offenbar eine Freudenbotschaft, und der Tod des Grafen war eine furchtbare Ueberraschung für ihn. Er hat den Mord nicht begangen.“

„Ueber all diese Unbegreiflichkeiten wird so die Untersuchung Aufklärung bringen,“ bemerkte der Richter lähl. „Für heute will ich von weiteren Verhören absteigen.“

Egon atmete auf.

„Ich darf die Herren bitten, eine Erschließung einzunehmen — es ist alles bereit.“

„Über der Untersuchungsrichter dankte, und auch die anderen Herren empfahlen sich unter dem Vorwand, der Bericht noch auszuarbeiten zu müssen.“

Die Leiche war hinausgeschafft worden, und der Arzt hatte noch einmal eine eingehende Untersuchung an derselben vorgenommen. Die Wunde war durch den Stich eines scharfgeschliffenen dolchartigen Messers entstanden, der Tod durch Verblutung eingetreten.

Während die Herren sich noch verabschiedeten, stürzte Friedrich herein.

„Komtesse Anneliese ist plötzlich schwer erkrankt, sie erkennt ihre Umgebung nicht mehr und phantasiert.“

Dr. Brandt eilte hinaus, gefolgt von dem zitternden Alten.

Friedrich hatte nicht übertrieben. Das Gesicht der jungen Dame war mit Scharlachröte bedeckt, sie schien schwer zu leiden, unaufhörlich warf sie sich in den Kissen hin und her.

Dr. Brandt, ein älterer, allbeliebter Arzt, beugte sich mit erstem Gesicht über die Fiebernde.

„Komtesse,“ sagte er mit weicher Stimme, „erkennen Sie mich nicht?“

Er streich mit seiner linken Hand über die in Fieberglut brennende junge Stirn. Das qualvolle Zucken in dem lieblichen Gesicht ließ ein wenig nach.

„Nieder Anteil,“ flüsterte Anneliese in erschütternden Tönen, „wir haben uns ja so lieb, so lieb! O sag doch, ja, Anteil, laß uns glücklich werden und sei glücklich mit uns! Reinhold — nein, nein, ich lasse nicht von dir, bleib bei mir, Reinhold — ich sterbe, wenn du gehst.“

Der erfahrene Menschenkenner war tief betroffen. Sag hier des Rätsels Lösung? Er beugte sich noch tiefer über das heiße Gesichtchen.

vorstands wurde an Stelle des altershalber zurückgetretenen **Sekretärs Dr. Solmann** Professor **Endrich** gewählt. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wurde von 3 M auf 4 M erhöht. Korporative Mitglieder haben künftig 20 M zu bezahlen. Die Hauptversammlung für 1920 findet in **Schramberg** statt.

Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium. Im Publikum, vor allem in wirtschaftlich besonders interessierten Kreisen, bestehen noch immer vielfach Zweifel über die Abgrenzung der Zuständigkeit vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium in bezug auf Arbeiterfragen. Zur Aufklärung und Richtighaltung wird deshalb festgestellt, daß alle den Arbeitsvertrag betreffenden Fragen sozialpolitischer Art vom Reichsarbeitsministerium bearbeitet werden. So insbesondere: Erwerbslosenfürsorge, Entstellungszwang, Mitbestimmungsrecht, Betriebsräte. Alle Anfragen und Anträge sind deshalb auf diesem Gebiete ausschließlich an das Reichsarbeitsministerium zu richten. Das Reichswirtschaftsministerium befaßt sich demgegenüber mit Arbeiterfragen nur insoweit, als sie die Fortführung und den Neuaufbau des Produktionsprozesses und seine Technik betreffen. In dieser Beziehung werden auch die Genossenschaften, die Gewerkschaften, die Arbeitsgemeinschaften und ähnliche Organisationen im Reichswirtschaftsministerium bearbeitet. Die zu diesem Gebiete gehörigen Fragen und Anträge sind deshalb an das Reichswirtschaftsministerium zu richten.

Sicherstellung der Ernährung für Erntearbeiter. Zur Bekämpfung des Getreidehandels und zur Kontrolle der Ablieferungspflicht und des Verkehrs mit Lebensmitteln sind nach den Richtlinien des Reichsernährungsministeriums Kontrollkommissionen ins Leben gerufen worden. Ihre Mitglieder — Vertreter aus Verbraucherkreisen der Bezugsbezirke, insbesondere Vertreter der werktätigen Bevölkerung — sind Hilfsorgane der Polizeiverwaltung und werden über ihre Pflichten und Rechte durch Dienstanweisung belehrt. — Das Reichsernährungsministerium hat durch Rundschreiben die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, Bestimmungen der Kontrollkommissionen dahin zu veranlassen, daß den Landwirten an Getreide, Kartoffeln usw. über den Bedarf der augenblicklich beschäftigten Selbstverfoger hinaus genügende Mengen für den in der Erntezeit zu erwartenden Mehrbedarf belassen werden. Die Landwirte müssen die Möglichkeit behalten, ausreichend Hilfsfräfte während der Erntezeit einzustellen. Die genügende Zahl von Arbeitskräften für die Erntearbeiter kann aber nur dann erhofft werden, wenn deren ausgiebige Ernährung mit Selbstverfogerationen zweifelsfrei sichergestellt ist.

r. Bernau, 30. Juni. Am Samstag konnte Stadtkapitän **Weiß** hier sein 25-jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß veranstaltete **Verw. Alt. Walz** Altensteig eine Festkündigung des Gemeinderats, in welcher er die großen Verdienste hervorhob, die sich der Jubilar in seinem verantwortungsvollen Amte, insbesondere auch während des Krieges, um die hiesige Gemeinde erworben. Als äußeres Zeichen des Dankes hatte der Gemeinderat die Ueberreichung eines Regulatoriums und einer besonderen Teuerungszulage beschlossen. **Fehr. A. v. Güttingen** überbrachte die Glückwünsche der Gutsherrschaft und rühmte das gute Verhältnis, das zwischen Gemeinde- und Gutsherrschaft besteht, er überreichte auch eine Jubiläumsgabe. **Stadtpf. Genswein** überbrachte die Glückwünsche der Kirche und dankte dem Jubilar für dessen Mitwirkung im Kirchengemeinderat. **Hauptlehrer Schwarzmaier** dankte für die Schule und sprach noch den Wunsch aus, daß es dem Gefeierten vergönnt sein möge, bei guter Gesundheit noch viele Jahre zum Segen der Gemeinde wirken zu dürfen.

Zum Schluß versammelte sich der Jubilar mit dem Gemeinderat und den geladenen Gästen im **Waldhorn**, wo noch einige Reden gehalten wurden, die der Wertschätzung des Mannes galten, der den größten Teil seines Lebens dem Wohl der Gemeinde **Bernau** gewidmet hat.

Magold. Der Vereinigte **Vieder- u. Sängerkreis** gab am gestrigen Sonntag in der Seminarturnhalle vor vollbesetztem Hause seine Erstaufführung unter Leitung seines neuen Dirigenten **Hauptlehrer Grieb**. So wohl die präzis eingetübten und wirkungsvoll vorgetragene Männerchöre und Quartette, Baritonrollen des mit ausgiebiger Stimme begabten **Vereinsvorsitzenden, Präzeptor Wickand** und die künstlerischen Klavierdarstellungen der Herren **Nicht** und **Halm**, als auch die Orchesternummern der **Seminarstern-Musik-Vereinigung**, welche sich in liebenswürdiger Weise dem Verein zur Verfügung stellte, fanden großen, oft stürmischen Beifall. Der Männerchor **Märzluft v. Angerer**, ein schwieriger, mit Wucht und Feuer prächtig vorgetragener Chor, mußte auf vielseitigen Wunsch wiederholt werden. Die Verschmelzung der beiden Vereine (mehr 70 Mann stark), welche während des Krieges sich zum **Krieger-Grabsteinverein** vereinigten, hat mit dieser ersten größeren Aufführung gezeigt, was ein stärkerer Männerchor zu leisten vermag, wenn dessen Leitung geeigneten Händen anvertraut ist. Den Anlaß der Aufführung benutzte der Verein zugleich zur Uebergabe einer Anzahl **Sänger-Ehrenringen** und **Ehrenurkunden**, welche für 25-jährige Sängertätigkeit und für solche während des Krieges seitens früherer Sängerkreise verliehen wurden.

Hohenheim, 29. Juni. (Starkes Erdbeben.) Von heute nachmittag 4 Uhr 7 Minuten, 24 Sekunden verzeichnete die Instrumente der Erdbebenwarte **Hohenheim** ein starkes Erdbeben, dessen Herd wahrscheinlich im Küstengebiet des **Adriatischen Meeres** (bei **Trieste** oder **Nimini**) sich befindet. Die Herdentfernung beträgt etwa 850 Km. Schon heute vormittag von 9.16 Uhr ab war ein schwächeres Beben in derselben Gegend registriert worden.

Stuttgart, 29. Juni. Dem Landtag sind zugegangen: eine Anfrage **Hoyer-Hausmann (DDP)** wegen Sicherstellung des Kohlenbedarfs des Landes, ein Antrag **Hüller (BB)** wegen gesetzlicher Regelung der Sonntagsruhe im Handeltsgewerbe und ein Antrag **Haag (BB)** wegen der diesjährigen Weinpreisregelung.

Stuttgart, 29. Juni. (Die Kriegsgefangenenheimkehr.) Ein Zentralempfangsausschuß, der sich dieser Tage in **Stuttgart** bildete, organisiert die Heimkehr der württembergischen Kriegsgefangenen. Sie gelangen zunächst in Durchgangslager. Das größte davon ist in **Eglosheim** bei **Ludwigsburg** für 3300, ein weiteres in **Münzingen** für 3100, ein drittes auf dem **Hohen-Asperg** für 600 Mann errichtet. Diese Durchgangslager sollen die Einschleppung ansteckender Krankheiten verhüten und den Heimkehrern die erste Erholung und Unterhaltung gewähren. Nach Ablauf der Entsendungszeit erhalten die Heimkehrer 3 Wochen Urlaub mit Gehaltsrüsten in die Heimat. In jeder Oberamtsstadt wird ein örtlicher Empfangsausschuß gebildet.

Hohenheim, 29. Juni. (Württembergische Landesgerichte.) Am 21. Juni d. J. ist im Anschluß an die **Gerichtsbangesellschaft m. b. H.** in **Berlin** eine württembergische Landesgerichtsbangesellschaft mit dem Sitz **Hohenheim** gegründet worden. Der Zweck dieser Gründung ist, den **Gerichtsbau** unseres Landes in jeder Hinsicht zu fördern und insbesondere auf die **Hebung der Gerichtenbaufläche** und des **Ertrages an edler Gerichte** hinzuwirken. Der Landesgerichtsbangesellschaft sind bereits von **Württ. Brauereien** und **Gerichtsbauern** namhafte Geldbeträge in Aussicht gestellt. Ein provisorischer **Arbeitsausschuß**, der sich aus **Vertretern der Landwirtschaft** und des **Brauereigewerbes** zusammensetzt, wird die vorläufigen Geschäfte besorgen und darauf hinwirken, daß in **tunlichster Weise** in einer **Versammlung von Interessenten** die **endgültigen Organe** der Landesgerichtsbangesellschaft berufen werden.

Ulm, 29. Juni. (Strafkammer.) Der **Sergeant Josef Haas** vom **Ulanenregiment 19** stahl in der Nacht vom 25. April für seinen Bruder, den **Weg- und Wirt Hugo Haas** in **Hosen, Olt. Spaichingen**, mittels **Einschlebens** in den **Kasernenstall** der **Ulanen** ein **Paar silberplattierte Pferdegeschirre** im Wert von **350 Mark**. In der Nacht zum 1. Mai brachen beide Brüder, während der **Landwirt** und **Pferdehändler Jakob Grähler** von **Uldingen, Olt. Spaichingen**, **Wache** stand, das **Tor der Ulanenkaserne** auf und eigneten sich **2 Zugpferde** und **1 Reitpferd** sowie **Sattel** und **Jaumzeug** im **Gesamtwert** von **15000 M.** an. **Hugo Haas** und **Grähler** verbrachten noch in **gleicher Nacht** die **Pferde** nach **Allmendingen**. Die **Strafkammer** verurteilte **Josef Haas** zu **1 Jahr 6 Monaten**, **Hugo Haas** zu **1 Jahr 3 Monaten** und **Grähler** zu **1 Jahr Gefängnis**.

Württ. Ministerfragen.

Zur **Sorgen** um die **Besetzung** der **württ. Ministerposten** mehren sich von Tag zu Tag. Während ein **Ersatz** für den nach **Abtritt** gehenden **Minister Lindemann** noch nicht gefunden werden konnte und dieser deshalb sein **Amte** noch einige Wochen weiter führen muß, bringt der „**Staatsanzeiger**“ vom **Samstag** die **Runde**, daß durch **Entschliesung** des **Staatspräsidenten** **Kriegsminister Herrmann** seiner **Witze** entsprechend von seinem **Amte** entbunden worden ist.

Der **Staatsanzeiger** bemerkt dazu: **Kriegsminister Herrmann** hat seine schon früher wiederholt ausgesprochene **Abtsicht**, seine **Enthebung** vom **Amte** zu erbitten, nunmehr ausgeführt, nachdem die **Mahnahmen** für die **Einführung** der **Reichswehr** getroffen sind. Der **Herr Staatspräsident** hat das **Abtrittsgesuch** unter **Anerkennung** seiner **Tätigkeit** während der **schwierigen** Monate der **Uebergangszeit** genehmigt. Eine **definitive** **Wiederbesetzung** des **Amtes** kommt nicht in **Frage**, da nach der **neuen** **Reichsverfassung** und dem **Reichswehrgesetz** das **Kriegsministerium** zur **Aufhebung** kommt.

Außerdem ist **bekanntlich** ein **Ersatz** für den ins **Reichswirtschaftsministerium** übergetretenen **Arbeitsminister Schilde** zu **suchen**, dessen **Geisährte** **Ernährungsminister Baumann** weiterversteht. Wie wir hören, wird die **Besetzungsfrage** vielleicht heute schon **gelöst**.

Der württ. Staatshaushaltsplan für 1919.

Dem **Landtag** ist der **Entwurf** zum **Staatshaushaltsplan** für 1919 zur **Beratung** und **Beschlußfassung** zugegangen, er ist wie in den **Kriegsjahren** wieder als **Notplan** aufgestellt und **schließt** mit dem **ungeheuren** **Fehlbetrag** von **149 Millionen Mark** ab, der vor allem durch die **Verkehrsanstalten** verursacht ist, die, trotz der **Tarifserhöhungen**, einen **Abmangel** von **102 1/2 Millionen Mark** (96 1/2 Millionen Mark **Eisenbahnen** unter **Einschluß** der **Teuerungszuwendungen** an die **Beamten**, **5,6 Millionen Mark** **Posten** und **Telegraphen**) aufweisen. Der **Fehlbetrag** von **149 Millionen Mark** muß daher durch **gewaltige** **Steuererhöhungen** gedeckt werden. **Sämtliche** **Hauptsteuern** des **Staates** haben dabei **herzuhalten**; vor allem ist es die **Einkommensteuer**; bei ihr soll der **bisher** nur auf **105—130 Prozent** erhöhte **Einheitsfuß** nun in **allmählichem** **Aufstiege** von **150** bis auf **500 Prozent**, bei **Altkriegsgesellschaften** bis auf **600 Prozent** **gesteigert** werden. Bei der **Vermögenssteuer** ist **vorgesehen**, den **bisherigen** **einheitlichen** **Satz** von **1 v. T.** zu **helfeln**. Und **schließlich** ist **vorgeschlagen**, die **Kapitalsteuer**, sowie die **Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer** **gleichmäßig** von den **bisherigen** **2,1 Prozent** auf **4 Prozent** **hinaufzusetzen** und **gleichzeitig** für das **Rechnungsjahr** 1919 die **Abgabe** am **Kataster** der **Waldberge** und der **übrigen** **Grundstücke** in **Höhe** von **40 Prozent** **aufzuheben**. **Trotz** der **gewaltigen** **Steuererhöhung** ist **daraus** nur mit einem **Rechtsanfall** von **126**

Millionen Mark zu rechnen. Bei **Gegenüberstellung** des **Staatsbedarfs** 197 619 377 **Mark** und der **Einnahmen** verbleiben als **schließlicher** **Fehlbetrag** **23 117 449 M.**, der wie der für das **Rechnungsjahr** 1918 zu **erwartende** **Fehlbetrag** nur durch **außerordentliche** **Mittel** zu **decken** und daher nach dem **Finanzgesetzentwurf** zunächst aus dem **Betriebs- und Vorratskapital** der **Staatshauptkasse** vorzuschließen und **notigenfalls** durch **Ausgabe** von **Schlaganweisungen** oder **Wechseln** **aufzubringen** ist. Eine **andere** **Deckung** ist **vorerst** **ausgeschlossen**.

Vermischtes.

Die **Verwendung** des **früheren** **Kronprinzlichen** **Palastes** in **Berlin**. Das **Finanzministerium** hat **verfügt**, daß der nach der **Straße** **Unter den Eichen** zu **gelegene** **Teil** des **früheren** **Kronprinzlichen** **Palastes** für eine **Erweiterung** der **Nationalgalerie** **freigegeben** wird. Es sollen dort vom **Staat** **angekauft** **neue** **zeitliche** **Kunstwerke** **ausgestellt** werden, die aus **Mangel** an **Raum** in der **Nationalgalerie** **keinen** **Platz** **finden** konnten, **ferner** **leichtweise** **auszustellende** **Bilder**, **Plastiken** usw. **Auch** **Sonderausstellungen** von **Werken** **einzelner** **Künstler** können **veranstaltet** werden, **Kunstwerke**, deren **Wert** sich nach **längerer** **Zeit** **unvermindert** **erhalten** hat, sollen **dann** in den **Besitz** der **alten** **Nationalgalerie** **übergeführt** werden.

Der Briefverkehr mit Amerika. Zu der **Mitteilung**, daß der **Postverkehr** zwischen den **Vereinigten** **Staaten** von **Amerika** und **Deutschland** wieder **aufgenommen** sei, wird **amtlich** **darauf** **aufmerksam** **gemacht**, daß nur der **Briefverkehr** zwischen den **Vereinigten** **Staaten** und dem von den **feindlichen** **Truppen** **besetzten** **Gebiete** **Westdeutschlands** wieder **zugelassen** ist, daß dagegen ein **Postverkehr** zwischen den **Vereinigten** **Staaten** **einerseits** und dem **unbesetzten** **Gebiete** **Deutschlands** sowie dem von den **Polen** **besetzten** **preussischen** **Gebiete** **andererseits** **nicht** **besteht**.

Wiedergesundene Millionen. In **Nikolshütte** wurde **Notgeld** im **Betrag** von **1 1/2 Millionen** **Mark**, das auf dem **Wege** nach **Borsigwerk** **Mitte** **Juni** von einer **Anzahl** **Banditen** **geraubt** worden war und für die **Lothzahlung** in den **Borsigwerken** **bestimmt** war, wieder **gefunden**.

Eine **neue** **Methode**, die **Meeresstiefe** **festzustellen**, wurde in der **Pariser** **Academie** der **Wissenschaft** von **Marx** über die **Bestimmung** des **Meeres** mit **Hilfe** der **Schallwellen** **mitgeteilt**. Die **Methode** **besteht** darin, an der **Oberfläche** des **Wassers** eine **Explosion** **herzuzurufen** und **festzustellen**, wann das **Echo** des **Schalles** von dem **Meeresgrund** **zurückgeworfen** wird. Da man die **Geschwindigkeit** der **Schallfortpflanzung** im **Wasser** **kennt** (1400 **Meter** in der **Sekunde**), so kann man die **Tiefe** des **Meeres** aus der **Zeit** **ableiten**, die bis zur **Wahrnehmung** des **Echos** **verläuft**. Die **Bestimmung** der **Meeresstiefe** durch **dieses** **akustische** **Verfahren** kann **vorgenommen** werden, ohne daß das **Schiff** seine **Fahrt** **unterbricht**; **es** **ist** **fast** **bis** **auf** **den** **Meter** **genau**, und **es** **ist** **fast** **für** **die** **größten** **Meeresstiefen** **verwendet** **werden**.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 29. Juni. Ein **Ausschuß** der **Hamburger** **Arbeiterschaft** wurde heute von **General v. Lettow-Vorbeck** dem **militärischen** **Oberbefehlshaber** der **Reichsregierung** gegen **Hamburg**, **empfangen**. Der **Ausschuß** sprach den **Wunsch** aus, daß **jetzt**, nachdem **Ruhe** und **Ordnung** **herrscht** und die **Hamburger** **Volkswehr** die **Entwaffnung** **durchführt**, der **Einmarsch** der **Truppen** **unterbleibe**. **General v. Lettow-Vorbeck** **antwortete** **darauf**, daß der **Einmarsch** **aus** **Befehl** der **Reichsregierung** **erfolge** und **notwendig** sei 1) zur **planmäßigen** **Durchführung** der **Entwaffnung**, 2) zur **vollständigen** **Reorganisation** der **Sicherheitswehr** und 3) zum **Schutz** der **Lebensmittel** **durchführung** nach der **Tschecho-Slowakei**.

Berlin, 30. Juni. Aus **Vasel** wird dem **Verl. Lokalanzeiger** **berichtet**, daß der **Biererrat** **beschlossen** habe, daß die **Blockierung** gegen **Deutschland** **aufgehoben** werde, sobald **Deutschland** das **Ergebnis** der **Abstimmung** über den **Friedensvertrag** in der **Nationalversammlung** **bekanntgegeben** habe.

Nach **Unterzeichnung** des **Friedensvertrages** **widmete** **Theodor** **Wolff** im **Berliner** **Tageblatt** **Wilson** ein **Ab-schiedswort**: Aus dem **Gegenlag** zwischen **Wilson's** **Strebungen** und **Handlungen** gehe eine **unbegrenzte** **naive** **Unkenntnis** er **europäischen** **Dinge** **hervor**. Das **wüßten** auch die **Amerikaner** **langst**. Sie **stünden** vor der **Tatsache**, daß er **im** **feindlichen** **Paris** **verführt** und **eingesponnen** wurde wie **nie** **je** eine **Unschuld** vom **Lande**, der **jetzt** das **freie** **Amerika** durch **Bündnisverpflichtungen** **eng** an die **europäischen** **Allierten** **zu** **ketten** **strebe**. **Amerika** **solle** der **Schutzherr** **Europas** **sein**.

Dem **Berliner** **Lokalanzeiger** **zufolge** **verschob** **Wilson** seine **Abreise** auf **Sonntag** **Abend**. Auf **sein** **Geheiß** sollen **500** **amerikanische** **Matrosen** nach **Schleswig** **gehen** zur **Verstärkung** der **Besatzungsarmee** die die **Ordnung** während der **Volksabstimmung** **aufrecht** **erhalten** **solle**.

Der **Vossischen** **Zeitung** wird aus **Rotterdam** **gemeldet**, daß der **Rat** der **Der** **eine** **schärfere** **Bewachung** des **früheren** **deutschen** **Kaisers** **forderte**. Dazu **erfährt** der **Korrespondent**, daß die **holländische** **Regierung** **nicht** **daran** **denke**, ihre **Haltung** gegenüber dem **Kaiser** und dem **Kronprinzen** zu **ändern**.

Druck und Verlag der B. Meyer'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schickelung verantwortlich: Ludwig S o u l.

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
besolligt
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Altensteig-Stadt.

Mische

Brot-, Fleisch-, Butter- und Zucker-Kartenabgabe

findet in nachst. Buchstabenfolge statt, welche genau eingehalten werden muß:

A-F	Dienstag, 1. Juli, vormitt. von 8-10 Uhr
G-K	" " " " " " 10-1/2 " "
L-R	" " " " " " nachmitt. " 2-1/5 " "
S-Z	" " " " " " " " 5-7 " "

Die Karten sind sofort nachzuzählen, nachrägl. Reklamationen werden nicht mehr berücksichtigt.

Altensteig, 30. Juni 1919.

Stadtschulth.-Amt.

Durrweiler.



Langholz-Verkauf.

Aus den hiesigen Gemeindeforsten Abt. Reinenholz, Hopfengarten u. Wasserreis kommen am nächsten

Dienstag, den 1. Juli d. J., nachm. 3 Uhr auf dem Rathaus

240 Stück Langholz 1. bis 6. Kl.

mit auf. 250 Pfenn. im öffentlichen Aufsteig zum Verkauf wozu Liebhaber eingeladen werden.

Durrweiler, den 28. Juni 1919.

Gemeinderat.

An die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Bezirks Nagold!

Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Bildung der Fürsorgestellen ist für die Berufung der Vertreter der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in den Beirat der Fürsorgestelle für den Oberamtsbezirk Nagold die von uns einzureichende Vorschlagsliste maßgebend. Wir fordern daher alle Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Witwen u. Vormünder) die unserer Wirtschaftsorganisation noch nicht angehören, zum alsbaldigen Beitritt auf, um ihre Wünsche berücksichtigen u. vertreten zu können. Anmeldungen wollen an den Unterzeichneten mündlich oder schriftlich eingereicht werden.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen:

Der Bezirksvorsitzende: H. Salmon-Gros in Nagold.

Altensteig.

Der hiesigen Einwohnerschaft und derjenigen der Umgebung zur Kenntnisnahme, daß meine

Wirtschaft von morgen ab geschlossen

ist. Mit dieser Mitteilung verbinde ich den besten Dank an alle meine Kunden.

Luz zur Linde.

Altensteig.

Der Einwohnerschaft von hier und der Umgebung zur Nachricht, daß ich die

Säg- und Dreschmaschine

von Herrn Schaa hier übernommen habe und weiterbetreiben werde. Ich halte mich zum Sägen und Dreschen bestens empfohlen und

sehe Anmeldungen entgegen.

Jakob Böckle.

Altensteig-Stadt.

Von Dienstag, den 1. Juli 1919

ab ist bei

Schwarz, Rau, Frick, Entenkunst, Lu, Schmidt, Rothfuß, Fläher, Burghard, Flaig, Wurster, Beck, Welher und Dregel

markenfreie Marmelade

zu 1.40 Mk. pro Pfund erhältlich.

Den 30. Juni 1919.

Stadtsch.-Amt.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein liebes, einziges Kind

Friedrich

nach kurzer aber schwerer Krankheit in der Nacht vom Samstag auf Sonntag sanft entschlafen ist.

Die trauernde Mutter:
Kosine Kreuzer
geb. Strobel.

Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

Das ich

Stink-Öl

wird hergestellt in der

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41 —

Altensteig.

frisch eingetroffen:

Zigarren

Zigaretten

Schweizer-

stumpfen

reiner Tabak

und Mischware

bei

J. Wurster.

Einen

Hochzeitsanzug

samt Zylinder

hat abzugeben.

Wer? — sagt die Exp. ds. Bl.

Freudenstadt.

1 starke eiserne

Ledermange

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe und Größe der Mänge nimmt entgegen

Friedrich Weikert

d. Schützen.

Achtung Landwirte!

Zeit und Geld spart man mit Maschinen!

Empfehle als solche

Landw. Maschinen aller Art

==== Kreissägen ====

Haushaltungsmaschinen aller Art

— Vertreter erstkl. Firmen. —

Fritz Haag, Herrenbergerstrasse, Nagold.

Heinen's Mostertrakt

mit Zuckerstoff
in Flaschen zu 50 Ltr. Mk. 8.50
in Konserveglastern
zu 100 Ltr. Mk. 15.—
zu 150 Ltr. Mk. 21.—

Steigerwald's Kunstmostansatz

mit Süßstoff
in Konserveglastern zu 100 Ltr. zu 150 Ltr.
Mk. 14.75 Mk. 21.50

Breisgauer Mostansatz
Schrader's Mostsubstanzen

empfehlen

W. Beerli, Altensteig.



Schutzmarke.

Keine Getränke!

Machen Sie Ihr Haus-Getränk aus dem seit langen Jahren tausendfach bewährten

Heinen's Trankextract (Kunstmostsubstanzen).

Ohne künstlichen Süßstoff, wozu Zucker nötig, ergibt ein alkoholfreies Getränk wie richtiger Apfelm.

150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr.

Mk. 18.— Mk. 12.50 Mk. 6.50

mit künstlichem Süßstoff ergibt ein alkoholfreies obstweihnliches Getränk

150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr.

Mk. 20.— Mk. 14.— Mk. 7.50

Flaschenpfand für alle Größen 50 Pfg.

Erhältlich in Drogen und Kolonialwarengeschäften, Konsum-Vereinen u. s. w. Weitere Niederlagen werden errichtet.

Heinen's Trankextract-Fabrik

Pforzheim.

Altensteig.

Einen 14 Monate alten



Zuchtfarren

(Selbscheck) steht dem Verkauf aus

Silber, Mühle.

Reudalag.

Ein schönes 17 Monate altes



Zucht-Rind

(Simmenthaler Rasse) verkauft

Karl Koller, Seiler.

Für die

Einmachzeit

empfehlen

la. echtes

Bergamentpapier

und

Salzyl-

Bergamentpapier

W. Nieker'sche Buchbdlg.

Altensteig.

Prima

Maschinenöl

hell und dunkel

Centrifugenöl

schön hell

Bodenöl echtes

la. weiße

Parkettbodenwische

in Pfand-Dosen

feinst Parkettwachs

„Bohner“ Siegel

in Krügen à 1 und 1/2 Liter

Schuh-Crème

(Cavalier und andere)

feinstes

Wagen- u. Schuh-Fett

empfehlen von frischen Sendungen

billigst

E. W. Eng Nachfolger

Frei Stiller jr.

